



Presseschau vom 24.10.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

dnr-sckk.ru: Heute, am 23. Oktober waren Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten zur Reparatur der Wasserleitung in Dsershinsk (ukr. Torezk) auf dem von den militärischen Formationen kontrollierten Territorium geplant.

Zuvor, am 22. Oktober, waren mit Unterstützung der OSZE-Mission von den Seiten spiegelbildliche Sicherheitsgarantien zur Herstellung eines Regimes der Ruhe gewährleistet worden.

Während der Reparaturarbeiten geriet ein KrAS-Fahrzeug auf eine Mine, dabei wurden zwei Mitarbeiter des Kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ verletzt.

Die Vertretung der DVR im GZKK hat zusätzliche Sicherheitsgarantien für die Evakuierung der Verletzten durch das IKRK gewährt.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Japans Premier kündigt „neue Ära“ in Beziehungen zu Russland an**
Der japanische Premier Shinzo Abe hat in seiner Rede vor dem nationalen Parlament versprochen, eine neue Ära in den Beziehungen zu Russland einzuleiten.

„Auf Grundlage der Vertrauensbeziehungen zwischen mir und dem russischen Präsidenten werden wir den territorialen Streit lösen und einen Friedensvertrag schließen“, sagte er. Das Fehlen eines Friedensabkommens zwischen den beiden Ländern sei anormal, betonte Abe.

Zurzeit würden die bei dem Besuch von Putin in Nagato 2016 erzielten Vereinbarungen

umgesetzt, so Abe. Damals hatten Russland und Japan rund 80 Dokumente unterzeichnet, unter anderem zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie Prüfung einer möglichen gemeinsamen wirtschaftlichen Tätigkeit auf den vier umstrittenen Inseln der Südkurilen-Gruppe.

„Seit mehr als einem Jahr können die ehemaligen Einwohner der Inseln (die Inseln des Kuril-Archipels, auf die Japan Anspruch erhebt: Iturup, Kunaschir, Schikotan und Hamobai — Anm. d. Red.) die Gräber ihrer Vorfahren besuchen, indem sie mit dem Flugzeug auf die Inseln kommen. Wir begannen auch mit der Umsetzung einer gemeinsamen wirtschaftlichen Tätigkeit“, verriet der japanische Premier.

In der vergangenen Woche hatte der russische Präsident, Wladimir Putin, geäußert, das Niveau des Vertrauens zwischen den beiden Ländern müsse erhöht werden.

Mitte September hatte der russische Staatschef dem japanischen Premier angeboten, noch in diesem Jahr einen Friedensvertrag zwischen den beiden Ländern ohne Vorbedingungen zu signieren. Er schlug unter anderem vor, den Wunsch von Moskau und Tokio nach Regelung des Territorialstreits im Text des Vertrages zu verankern. Die japanische Regierung schlug Putins Angebot jedoch aus.

Zwischen Russland und Japan gibt es bis heute keinen Friedensvertrag. Nach der Kapitulation des japanischen Kaiserreichs im Zweiten Weltkrieg war der gesamte Kurilen-Inselbogen an die Sowjetunion gefallen, was völkerrechtlich festgehalten worden war. Japan hält die südlichen Kurilen-Inseln Iturup, Kunaschir, Schikotan und die Inselgruppe Habomai für unrechtmäßig besetzt und fordert deren Rückgabe.

1956 verabschiedeten die beiden Staaten eine gemeinsame Deklaration, durch die der Kriegszustand beendet wurde. Darin hatte sich die damalige Sowjetunion als Geste guten Willens bereit erklärt, im Falle eines Friedensvertrages die Inseln Schikotan sowie die Habomai-Gruppe an Japan zu übertragen. Doch Japan fordert alle vier Inseln zurück und beruft sich dabei auf einen bilateralen Handels- und Grenzvertrag von 1855, in dem diese Inseln als japanisch anerkannt worden waren.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32273/36/322733668.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Donezkij, Kalinowo und Shelobok**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: **Wegen US-Sanktionen: Eni steigt aus Schwarzmeer-Projekt mit Rosneft aus**

Der italienische Energiekonzern Eni ist aus dem Projekt mit dem russischen Ölgiganten

Rosneft ausgestiegen, in dessen Rahmen Ölfelder am Schwarzmeerfestlandssockel erkundet werden. Diskutiert wird auch die Aussetzung der italienischen Beteiligung an gemeinsamen Projekten im Barentssee, wie eine unbenannte Quelle in der russischen Regierung meldet. Bereits im März, gleich nach Abschluss der Bohrarbeiten im ersten übertiefen Bohrloch Maria-1, hatte es Informationen über das Einfrieren des Projektes am Schwarzmeersockel wegen der US-Sanktionen gegen Russland gegeben.

Doch damals hatten die Partner das nicht bestätigt – obwohl die Verwaltungsratschefin von Eni SpA, Emma Marcegaglia, beim Forum in Davos im Januar gesagt hatte, dass die Bohrungen von den USA zunächst autorisiert worden seien. Doch nun sollen sie gestoppt werden. Eine Erlaubnis der US-Führung werde benötigt, weil die Eni-Aktien an US-Börsen gelistet würden.

Die Pressestelle des italienischen Konzerns präzisierte gleich im Anschluss die Worte von Marcegaglia: Eni solle immer beachten, dass die Aktivitäten den US-Sanktionen nicht widersprüchen. Wie Rosneft damals mitteilte, würden die gemeinsamen Projekte so lange fortgeführt, wie es im Rahmen der „US-Sanktionen möglich“ sei.

Eni und Rosneft setzen seit Juni 2013 Projekte zur Erkundung von Öllagerstätten im Schwarzen Meer und im Barentssee um. Die Beteiligung der Italiener liegt bei 33,33 Prozent. Bei der Erkundung des Bohrloches Maria-1 im Schwarzen Meer wurde kein Erdöl nachgewiesen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 23. Oktober 3:00 Uhr bis 24. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 19.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Dolomitnoje), Jasinowataja, Jakowlewka, Wasiljewka, Spartak, Donezk (Terminal, Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Dokutschajewsk, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 142.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschfeuerten Geschosse 46.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Wozu erhöht Westen militärische Mobilität? – Schoigu erläutert**
Der Westen hat seine Anstrengungen auf die Gewährleistung militärischer Mobilität konzentriert. Ziel ist eine schnelle Verlegung der amerikanischen Truppen in Europa. Dies sagte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu im Rahmen der Sitzung des

Kollegiums der Militärbehörden Russlands und Weißrusslands.

„Die Spannung wird im Zusammenhang mit dem Vorgehen des Westens zur Verstärkung der militärischen Mobilität vergrößert, deren Endziel es ist, eine rasche Verlegung amerikanischer Truppen und Kräfte auf dem Territorium Europas zu gewährleisten“, so Schoigu.

Um die Einnahme und Stationierung der Verstärkungstruppen in den baltischen Staaten und osteuropäischen Ländern zu organisieren, wurden ihm zufolge Koordinierungszentren errichtet, fortgeschrittene Flugplätze vorbereitet und Häfen modernisiert. Nun würde ein System für frühzeitige Lagerung des Vermögens und der Bewaffnung entwickelt.

„Die Modernisierung der Infrastruktur wird durchgeführt, um die Fristen der Truppenverlegung aus dem Heimatgebiet zu den Außengrenzen zu minimieren und somit die Offensivmöglichkeiten zu erhöhen“, präzisierte der russische Verteidigungsminister.

Darüber hinaus verwies Schoigu darauf, dass die Nato ihre Aufklärungsaktivität im Baltikum und in der Schwarzmeerregion intensiviert habe.

„Allein dieses Jahr wurden die Flugzeuge der russischen Luftstreitkräfte mehr als 120 Mal zum Abfangen möglicher Grenzverletzer in die Luft geschickt“, fügte der Minister hinzu.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31735/08/317350868.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 24. Oktober, fand im Bildungs- und Wissenschaftsministerium der DVR die **Unterzeichnung eines Memorandums über die Zusammenarbeit zwischen den Bildungs- und Wissenschaftsministerien der DVR und der LVR** statt. Der stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsminister der DVR Michail Kuschakow und der Bildungs- und Wissenschaftsminister der LVR Sergej Zemkalo unterzeichneten das Dokument.

Das Memorandum sieht eine Zusammenarbeit im Bereich von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Innovationsaktivitäten vor. Unter anderem ist die Durchführung gemeinsamer Bildungsveranstaltungen zur Erhöhung der Qualifikation und der professionellen Ausbildung von pädagogischen Mitarbeitern in der DVR und der LVR, die Zusammenarbeit im Bereich der Ausarbeitung neuer Bildungsprogramme der zusätzlichen Ausbildung, die Durchführung gemeinsamer wissenschaftlicher Konferenzen, die Organisation von Wissenschaftsfestivals, von Ausstellung der Ergebnisse von Innovationstätigkeit und andere Veranstaltungen geplant.

Michail Kuschakow unterstrich, dass die Zusammenarbeit zwischen den Bildungsministerien der DVR und der LVR schon eine Geschichte haben: „Wir haben gemeinsame Projekte, unsere gemeinsame Aktivität ist auf die weitere Entwicklung des Bereichs der Bildung und Wissenschaft der Republiken gerichtet. Und natürlich vereinen wir unsere Anstrengungen zur Integration in den wissenschaftlichen, Bildungs- und Kulturbereich der RF. Wir hoffen, dass die Arbeit im Rahmen des Memorandums den Schülern, Studenten, Aspiranten, Lehrern Nutzen bringt und das sind die größten Vereinigungen in beiden Republiken“, sagte der

stellvertretende Minister.

Als einen weiteren Schritt zur größeren Annäherungen der beiden jungen Staaten bewertete Sergej Zemkalo das heutige Ereignis: „Wir haben gemeinsame Probleme, eine gemeinsame Richtung der Arbeit. Unter anderem arbeiten wir eng mit wissenschaftlich-pädagogischen Beschäftigten der DVR im Rahmen der höheren Attestationskommission zusammen. Die Unterzeichnung des Memorandums wird es erlauben, die Formen der Zusammenarbeit im Bereich der Bildung und Wissenschaft unserer Staaten zu erweitern“, sagte der Bildungsminister der LVR.

de.sputniknews.com: **Stoltenberg zu Einhaltung INF-Vertrags: Nato will kein neues Wettrüsten**

Alle Nato-Verbündeten begreifen die Relevanz des INF-Vertrags, aber Russland soll für die Anliegen bezüglich der Einhaltung des Abkommens einstehen. Dies verkündete der Nato-Chef Jens Stoltenberg gegenüber Reportern am Mittwoch.

„Wir wollen keinen neuen Kalten Krieg, wir wollen kein neues Wettrüsten“, kommentierte Stoltenberg die jüngste Situation um den Vertrag.

Das Problem sei, dass kein Abkommen effektiv sein könne, wenn es nur eine Partei einhalte, so Stoltenberg.

„Alle Bündnispartner (der Nato – Anm. d. Red.) waren sich einig, dass der INF-Vertrag wichtig sei. Deshalb äußerten die Alliierten Besorgnis über das Verhalten der Russischen Föderation und die Entwicklung einer neuen Rakete“, erklärte er.

Die Nato einigte sich darauf, dass Washington den Vertrag einhalte. Das Problem sei das Verhalten Russlands, merkte Stoltenberg an.

„Diese Woche findet ein Treffen des Nordatlantikrates auf Botschafterebene statt, wo wir den INF-Vertrag und das Verhalten der Russischen Föderation diskutieren werden, das allen Verbündeten Anlass zur Sorge gibt“, so der Nato-Chef weiter.

Am Samstag hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) angekündigt. Seinerseits hatte Russland mehrmals auf Verletzungen des INF-Vertrags durch Washington hingewiesen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30901/53/309015395.jpg>

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 24.10.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **19 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **zwölf Ortschaften beschossen** hat. In **Richtung Gorlowka** wurden von den Positionen der 72. mechanisierten und der 58.

Panzergranadierbrigade unter Kommando der Verbrecher Tatus und Drapatyj aus die Gebiete von **Sajzewo** und **Dolomitnoje** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Es wurde eine Aktivierung von Scharfschützen des Gegners festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 92. und der 28. mechanisierten Brigaden unter Kommando von Kokorjew und Martschenko sowie der 56. Panzergranadierbrigade unter Kommando von Iwanow **Wasiljewka, Jasinowataja, Jakowlewka, Spartak, Dokutschajewsk**, das **Gebiet des Flughafens von Donezk** und die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Verbrecher der 79. Luftsturmbrigade auf Befehl von Oberst Kuratsch auf die Gebiete von **Kominternowo, Leninskoje** und **Sachanka** etwa 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert sowie mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen geschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 40 verschiedene Geschosse abgefeuert Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die ukrainischen Kämpfer gefährden weiter des Leben und die Gesundheit der zivilen Einwohner des Donbass und führen eine **ungeordnete Verminderung** des von ihnen kontrollierten Territoriums durch.

So geriet am 23. Oktober im Gebiet von Dsershinsk ein „KrAS“-Fahrzeug einer Reparaturbrigade von „Woda Donbassa“, das unterwegs war, um Reparaturarbeiten durchzuführen, auf eine Minensperre der ukrainischen Streitkräfte. Weitere Opfer des blutigen Regimes wurden zwei Mitarbeiter der Gesellschaft, die Männer blieben durch ein Wunder am Leben, erlitten Quetschungen und zahlreiche Splitterverletzungen. Dies ist bei weitem nicht der erste Fall, bei dem friedliche Einwohner des Donbass unter Detonationen von Minen leiden, die von den ukrainischen Streitkräfte in Verletzung des Protokolls Nr. 2 der Genfer Konvention vom 10. Oktober 1980 ohne Erstellung von Karten von Minenfeldern und Anbringen von Hinweisschildern installiert wurden.

Ich will mich an die zivilen Einwohner der grenznahen Bezirke wenden, seien Sie äußerst vorsichtig, vermeiden Sie Fahrten auf Routen in unmittelbarer Nähe von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte.

Wir erhalten weiter Informationen über nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Streitkräfte infolge von Alkohol- und Drogeneinnahme.

Im Gebiet von Dsershinsk erlitt der Soldat Gur während eines Streits unter Alkoholeinfluss, der zwischen Kämpfern des 15. Bataillons der 58. Brigade beim Trinken von Alkohol aufgekommen war, Splitterverletzungen infolge der Detonation einer Granate, die von einem der Trinkkumpane in einen Schützengraben geworfen wurde.

Im Gebiet von Starognatowka starb der Kämpfer der 128. Brigade Feldwebel Jurtschenko bei einem Versuch, ein Geschoss aus einem Unterlaufgranatwerfer zu entfernen. Entsprechend den Ergebnissen der Ermittlungen, die vom militärischen Rechtsordnungsdienst durchgeführt wurden, wurde festgestellt, dass der Tote unter Drogeneinfluss stand.

Ich will anmerken, dass das Brigadekommando plant, diese Verluste als kampfbedingt in der Folge von Beschuss von Seiten der Einheiten der Volksmiliz auszugeben.

de.sputniknews.com: **Stationierung von US-Division in Polen möglich? Russland droht mit Gegenmaßnahmen**

Polens Pläne von einer Stationierung einer US-Militärdivision im Land drängen Russland laut dessen Verteidigungsminister Sergej Schoigu zum Ergreifen von Gegenmaßnahmen.

„Unter solchen Umständen müssen wir bereit sein, mögliche militärische Bedrohungen in alle Richtungen zu neutralisieren“, sagte er in Minsk beim Treffen der Vertreter der Militärbehörden von Russland und Belarus.

Er fügte hinzu, die Absichten Warschaws seien kontraproduktiv und trügen nicht zur Stabilität und Stärkung der regionalen Sicherheit bei.

Schoigu betonte, Russland wolle nicht in eine militärische Konfrontation mit dem Westen hineingezogen werden und strebe eine Kooperation im Sicherheitsbereich an.

Zuvor war über die Bereitschaft Warschaws berichtet worden, bis zu zwei Milliarden Dollar für die Errichtung einer ständigen US-Militärbasis auf dem Territorium Polens auszugeben.

Die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa dient laut dem polnischen Außenministerium als Grundlage für Warschaws Sicherheitspolitik.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Auf Befehl des Kommandeurs der 10. Gebirgsturmbriade, des Verbrechers Subanitsch, wurden die Gebiete von **Shelobok** und **Donezkij** mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

Kalinowo haben die ukrainischen Truppen mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilt der Kommandeur der 14. mechanisierten Briade der Verbrecher Wojtschenko.

Ingesamt wurden mehr als 20 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Trotz unserer Bestrebungen nach einer friedlichen Regelung des Konflikts bei voller Einhaltung der Bedingungen des Regimes der Feueereinstellung spitzen die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte weiter die Lage in der Region zu und verlegen ihre Technik in der Nähe der Abgrenzungslinie.

Im Verantwortungsbereich der 14. mechanisierten Briade im Gebiet von Nowoswanowka ist eine Kolonne Technik des Gegners mit fünf Ural-Lastwagen und drei Schützenpanzerwagen eingetroffen.

So legen die Kriagsverbrecher Munitionsvorräte an, um provokative Aktivitäten gegen die Volksmiliz und Beschüsse des Territoriums der Republik durchzuführen.

Von unserer Aufklärung wurden ein weiteres Mal Fälle nicht kampfbedingter Verluste der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet der sogenannten OOS bemerkt. Am 22. Oktober in der Nacht versuchte ein Soldat der 14. Briade der ukrainischen Streitkräfte nach Erniedrigungen und Beleidigungen von Seiten von Kameraden eigenmächtig den Truppenteil im Gebiet von Nowoswanowka zu verlassen. Aber bei der Bewegung in der Nähe des Truppenteils wurde der Flüchtling durch die Detonation einer Mine, die seine Kameraden installiert hatten, schwer verletzt.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen die übernommenen Verpflichtungen zur Wiederherstellung des Friedens im Donbass ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen zur militärischen Ausbildung durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jeder Aggression von der ukrainischen Seite widerstehen zu können.

de.sputniknews.com: Erneute Luftangriffe der US-Koalition auf Dorf in Deir ez-Zor gemeldet – Sana

Die US-geführte Koalition hat am Mittwoch Luftangriffe auf ein Dorf im syrischen Deir ez-Zor geflogen, wie die Nachrichtenagentur Sana meldet. Es gibt Tote und Verletzte.

Die Koalition, die den Kampf gegen die Terrormiliz IS („Islamischer Staat“; auch Daesh)

verkündete, habe eine Reihe Bombardements auf Wohnviertel im Dorf as-Susa und dessen Umgebung im Südosten der syrischen Provinz Deir ez-Zor durchgeführt, verlautet es aus der Sana-Mitteilung.

Im Zuge der Luftangriffe wurde demnach ein Haus von Zivilisten zerstört. Dabei soll es Tote und Verletzte geben. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt.

Zuvor hatte Sana gemeldet, dass die Luftangriffe der internationalen Koalition mit den USA an der Spitze mehr als 60 Todesopfer unter Zivilisten in der syrischen Provinz Deir ez-Zor gefordert hätten. „Bei einem Luftschlag der internationalen Koalition auf die Dörfer as-Susa und al-Bubadran im Osten der Provinz Deir ez-Zor sind 62 Zivilisten getötet sowie Dutzende verletzt worden“, so die Agentur damals.

Zuvor hatte der Chef des russischen Zentrums zur Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Generalleutnant Wladimir Sawtschenko, mitgeteilt, die Terroristen hätten einen rund 20 Kilometer langen Streifen am Ostufer des Euphrat wegen unterlassener Aktionen der US-gestützten Formationen unter ihre vollständige Kontrolle gebracht.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31667/97/316679768.jpg>

de.sputniknews.com: **Stoltenberg beziffert anstehende Nato-Übung an russischer Grenze**

Der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat am Mittwoch Details über das Manöver Trident Juncture enthüllt, das am 25. Oktober in Norwegen startet.

Stoltenberg zufolge wird Trident Juncture die größte Nato-Militärübung seit dem Ende des Kalten Krieges sein.

„Es wird 65 Schiffe, 250 Flugzeuge, 10.000 Fahrzeuge und 50.000 Mann umfassen. Alle 29 Nato-Staaten werden daran teilnehmen, ebenso wie unsere Partner Finnland und Schweden“, gab Stoltenberg gegenüber Journalisten bekannt.

Zuvor hatte die Nato gemeldet, dass rund 150 Flugzeuge eingesetzt werden sollten.

„Die Sicherheitslage in Europa hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Die Nato hat daraufhin ihre kollektive Verteidigung angepasst und Trident Juncture demonstriert diese Anpassung. Das Szenario ist erfunden, aber die Lektionen, die wir lernen, werden real sein“, verlautbarte Stoltenberg.

Die Übungen sollen das klare Signal an jeden potenziellen Gegner senden, dass die Nato keine Konflikte anstrebe, allerdings für den Schutz ihrer Verbündeten bereit sei.

„Diese Übungen werden unsere Bereitschaft testen, die Souveränität eines Verbündeten, in diesem Fall Norwegen, nach einem Akt bewaffneter Aggression wiederherzustellen.“, erklärte der Nato-Chef.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31955/79/319557942.jpg>

de.sputniknews.com: **Überraschung – nicht Russland: USA liegen unter Cyber-Bedrohungen in Führung**

Der Chef des Außenausschusses des russischen Föderationsrates (Parlamentsoberhaus) Konstantin Kossatschjow hat eine Äußerung des Nationalsicherheitsberaters des US-Präsidenten, John Bolton, kommentiert, der auf die angebliche Rolle Russlands bei Cyber-Attacken eingegangen war.

Zuvor hatte Bolton den Vize-Präsidenten, Mike Pence, in Bezug auf die angebliche Teilnahme verschiedener Länder an „massiven Cyberangriffen“ zitiert. Im Vergleich zu China sei Russland in diesem Bereich ein „Juniorpartner“, soll Pence gesagt haben.

In diesem Zusammenhang habe er Einblick in ein zusammengefasstes Rating der Länder bekommen, die als Gefahren für die Informationssicherheit eingestuft worden seien, schrieb Kossatschjow in einer auf seiner Facebook-Seite veröffentlichten Mitteilung. Die Liste sei sowohl von Arbeitsgruppen zur Reaktion auf Computerzwischenfälle als auch von transnationalen Unternehmen ausgearbeitet worden, die sich auf Computersicherheit spezialisieren würden.

Die Liste sei von insgesamt vierzehn Quellen zusammengestellt worden: Dazu würden zwei russische und sieben US-amerikanischen Quellen kommen, darunter Symantec, Microsoft und McAfee. Den Rest würden Unternehmen aus Japan, Israel, Brasilien, China und den Vereinigten Arabischen Emiraten darstellen. „An der Professionalität und Unvoreingenommenheit (der Quellen - Anm. d. Red.) lässt sich also nicht zweifeln“, schreibt der Politiker.

Nach Ansicht von elf Teilnehmern dieser Auswertung sollten die USA an der Spitze der Länder stehen, die die Informationssicherheit gefährden würden. Die drei anderen Firmen setzten die Vereinigten Staaten auf Platz zwei.

Russland werde bei dieser Einstufung des Öfteren an der Stelle fünf bis acht platziert, nur eine Quelle stelle es auf Platz drei, betonte Kossatschjow. In den Auswertungen von vier Teilnehmern fehle Russland überhaupt unter den ersten zehn Stellen.

China stehe in der Liste der Gefahren für Informationssicherheit auf den Plätzen drei bis fünf. Lediglich in zwei Auswertungen lande China an der Spitze der Tabelle und überhole die USA.

„Die Version von Pence/Bolton wird also lediglich in einer einzigen Hinsicht bestätigt: Die USA nehmen auf dem Gebiet der Bedrohungen für die Informationssicherheit weltweit bestimmt die Position des ‚Big Brothers‘ ein“, schrieb Kossatschjow abschließend. Diese Führung sei jedoch fragwürdig. „Vielleicht sind darauf die Versuche zurückzuführen, die Schuld einem anderen in die Schuhe zu schieben?“, resümierte er.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32004/95/320049551.jpg>

de.sputniknews.com: **Nato setzt auf neues Herangehen gegen russische U-Boote**

Russische U-Boote, die für Radare fast unsichtbar sind, bereiten der Nato große Sorgen. Da die Zahl der Kampf-U-Boote der Allianz zurückgeht, sollen nun Unterwasser-Drohnen ins Spiel kommen. Darüber schreibt das Online-Portal Defence News.

Die Nato-Verbündeten haben noch beim Gipfel im Juni einen Plan unterzeichnet, laut dem sie gemeinsam Technologien gegen Seeminen und U-Boote entwickeln werden. Veröffentlicht wurde das Abkommen aber erst im Oktober.

Laut dem Dokument soll der Einsatz von Drohnen ein richtiger Durchbruch beim Wettrüsten in Seetechnologien werden.

Die Nato setzt laut Jorge Benitez vom Atlantic Council wegen „der wachsenden Gefahr seitens russischer U-Boote“ immer mehr Ressourcen für deren Bekämpfung ein.

„Unter Putin hat Russland neue, weniger sichtbare U-Boote gebaut“, sagt Benitez. Es sei ein Problem für die Allianz, sie im Nordatlantik zu orten. Die neue multinationale Kooperation solle zeigen, dass „die Nato die von Russland ausgehende Gefahr im Atlantik deutlich ernsthafter behandle, als vor 25 Jahren“.

Die US-Unterwasserflotte schrumpfte in den vergangenen Jahren – das sei ein weiterer Grund für die Besorgnis des Westens. Den Mangel an U-Booten will man nun mit Drohnen ausgleichen.

Laut dem Admiral James Foggo, der die US-Navy in Europa leitet, steht die Welt vor der „vierten Schlacht um den Atlantik“. Zu den vorherigen zählt er den Ersten und den Zweiten Weltkrieg sowie den Widerstand mit der Sowjetunion zur Zeit des Kalten Krieges. Ihm zufolge wird diese „Schlacht“ sich auf das Territorium der atlantischen Ostküste bis zum Baltischen und zum Schwarzen Meer erstrecken. Die Kampfzone werde sich nun bis zum Meeresboden erstrecken, wo die Internet-Kabel verlegt werden.

Lug-info.com: Die Branchengewerkschaften der LVR und der DVR entwickeln und stärken in gemeinsamer Arbeit die Verbindungen zwischen den Republiken. Dies erklärte heute der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der LVR Oleg Akimow.

Während des in Donezk stattfindenden internationalen Integrationsforums „Die russische Welt und der Donbass: von der Zusammenarbeit zur Integration“ traf sich der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der LVR mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin.

Die Gewerkschaftsvorsitzenden erörterten Fragen der Zusammenarbeit im Rahmen des zwischen den Föderation unterzeichneten Abkommens über Zusammenarbeit, die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, die Motivation der Gewerkschaftsmitglieder

und sie behandelten aktuelle Fragen der Arbeitssicherheit und des sozialökonomischen Schutzes der Werktätigen in den Unternehmen des Donbass.

„Die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegungen der zwei Republiken entwickelt sich ständig, die freundschaftliche Verbindungen werden auch auf der Ebene der Branchengewerkschaften stärker“, erklärte Akimow.

„Insbesondere die Gewerkschaften der Beschäftigten in Bildung und Wissenschaft der LVR und der DVR führen eine große gemeinsame Arbeit im Bereich der Erholung von Gewerkschaftsmitgliedern und ihrer Kinder in den Republiken sowie der RF durch. Die Gewerkschaften der Beschäftigten von staatlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Diensten der LVR und der DVR führen gemeinsame Runde Tische, Schulungen vor Ort durch. Enge Kontakte finden auch auf der Ebene anderer Branchengewerkschaften statt“, berichtete Akimow.

Akimow und Parschin erklärten auch ihre Bereitschaft, auch weiter eine gegenseitig nutzbringende Zusammenarbeit der Gewerkschaften der LVR und der DVR zu fördern. Außerdem fand in Donezk ein Treffen der Vorsitzenden der Jugendräte der Gewerkschaftsföderationen der LVR und der DVR Alexandr Jermolenko und Anna Tkatschenko statt, bei dem Fragen der Entwicklung der Jugendpolitik und der Heranziehung der Jugend in die Gewerkschaftsbewegung erörtert wurden.

„Es wurde eine Vereinbarung mit unseren Kollegen über die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen unter Beteiligung der Gewerkschaftsjugend der beiden Republiken abgeschlossen, Ort und Zeit werden noch abgestimmt“, sagte Jermolenko.

de.sputniknews.com: **Timoschenko offenbart ihre Zukunftspläne für Donbass**

Die ehemalige Regierungschefin der Ukraine und Vorsitzende der Parlamentsfraktion der ukrainischen Partei „Batkivschtschina“ („Vaterland“) Julia Timoschenko hat ihre Donbass-Strategie für den Fall eines Wahlsiegs bekanntgegeben.

„Wir werden Frieden, und zwar unter Bedingungen der Ukraine, erreichen. Wir werden unseren, ukrainischen, Donbass zurückbringen. Im Donbass wird die ukrainische Gesetzgebung wiederhergestellt, es wird eine entmilitarisierte Zone geben, wir werden zwei Millionen Flüchtlinge zurückholen“, zitiert der Pressedienst von „Batkivschtschina“ Timoschenko.

Die neue Regierung werde das Verhandlungsformat zur Regelung der Lage im Donbass ändern, hieß es.

Laut Timoschenko ist der bewaffnete Konflikt im Osten der Ukraine für bestimmte Kreise von Vorteil, weil „der Krieg Milliardenverdienste einbringt“. Die nicht von Kiew kontrollierten Gebiete seien zu einer Art „Grauzone“ geworden, die als Schmuggel- und Drogenkorridor benutzt werde.

Bei der Lösung der Situation im Donbass sollte man sich nicht nur auf die Minsker Vereinbarungen verlassen. „Sie waren von Anfang an nicht vielversprechend“, so Timoschenko.

Am 31. März 2019 sollen Präsidentschaftswahlen in der Ukraine stattfinden. Der heutige Staatschef, Petro Poroschenko, hat das Recht auf eine Kandidatur für eine zweite Amtszeit. Bisher hat er jedoch seine Pläne nicht bekanntgegeben. Ex-Regierungschefin Timoschenko hatte bereits ihren Wunsch geäußert, 2019 für das Amt des ukrainischen Präsidenten zu kandidieren.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31633/82/316338203.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Putin kommentiert möglichen US-Austritt aus INF-Vertrag – und warnt Europa**

US-Präsident Donald Trump hat einen möglichen Austritt der Vereinigten Staaten aus dem INF-Vertrag angedeutet. Nun hat der russische Präsident Wladimir Putin diese Absicht Washingtons kommentiert – und zugleich Europa vor möglichen Konsequenzen und Gefahren gewarnt.

In einer Pressekonferenz mit dem italienischen Premierminister Giuseppe Conte hat sich der russische Präsident über die Pläne der USA geäußert, sich aus dem INF-Vertrag zurückzuziehen.

Putin verwies darauf, dass die USA nach und nach verschiedene Verträge verlassen oder schwächen würden, die noch zur Zeit des Kalten Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der damaligen Sowjetunion vereinbart worden waren und eine atomare Abrüstung gewährleistet haben.

So habe Washington bereits den Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag) „liquidiert“.

Nun stehe der INF-Vertrag, der das Verbot von allen landgestützten Flugkörpern mit mittlerer und kürzerer Reichweite vorgesehen habe, auf dem Spiel.

Auch der als „New START“ bezeichnete Atomwaffensperrvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation zur Reduzierung und Begrenzung von strategischen Offensivwaffen sei durch die Politik Washingtons gefährdet.

Sollten all diese Verträge kippen, gebe es „nichts mehr im Bereich der Verhinderung eines Rüstungswettlaufes“, so Putin.

Solch eine Situation würde extreme Gefahren mit sich bringen, auch für Europa.

„Dann bleibt nichts mehr außer Wettrüsten... Die Hauptfrage ist, was sie (die USA) mit diesen neu gebauten Raketen machen werden. Wenn (die Raketen) nach Europa geliefert werden, müssen wir natürlich deckungsgleiche Antwortmaßnahmen ergreifen. Die europäischen Länder, die damit einverstanden sind (Stationierung von US-Raketen auf ihrem Gebiet – Anm.d.Red.), müssen verstehen, dass sie ihr eigenes Territorium einem möglichen Vergeltungsschlag aussetzen“, betonte der russische Präsident.

Sollten die USA tatsächlich aus dem INF-Vertrag aussteigen und somit ein neues Wettrüsten initiieren, werde Russland zudem „schnell und effektiv“ darauf antworten.

Auf die Frage von Journalisten, ob Moskau in der Lage sei, auf den Rückzug der USA aus

dem Vertrag ebenbürtig zu reagieren, antwortete Putin:

„Um direkt auf Ihre Frage zu antworten...Ja, wir können, und das wird sehr schnell und effektiv sein.“

Am Samstag hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) angekündigt.

Die USA würden den Vertrag verlassen, weil Russland ihn verletze, so Trump. Der INF-Vertrag war am 8. Dezember 1987 von den damaligen Staatshäuptern der UdSSR und der USA, Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, unterzeichnet worden. Darin verpflichteten sich beide Staaten, sämtliche Raketen mit mittlerer (1000 bis 5500 Kilometer) und kürzerer (500 bis 1000 Kilometer) Reichweite zu vernichten und keine neuen mehr zu produzieren.

Konkrete Beweise für die angebliche Verletzung der Verträge durch Moskau lieferte Trump nicht.